

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.  
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich  
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 27. Februar 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene  
Nonpareilzeile 25 Pfennig;  
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt  
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 24.

## Abonniert auf den „Korr.“!

Er ist für die Kenntnis der gewerblichen, organisierten und tariflichen Verhältnisse und ihrer Entwicklung unentbehrlich. Preis vierteljährlich nur 65 Pf., für zwei Monate 44 Pf., für einen Monat 22 Pf. Bestellungen bei allen Postanstalten.

## Gewerkschaftliche Neutralität.

XIV.

Die Zeitverhältnisse muß man gerechterweise aber ebenfalls dafür verantwortlich machen, daß die deutschen modernen Gewerkschaften unter einem solch unglücklichen Sterne geboren wurden. Von den ausschlaggebenden Ländern mit moderner Produktionsweise war Deutschland das letzte, welches in diesen Kreis mit hineingezogen wurde. Die widerstreitenden Strömungen im Wirtschaftsleben, wie sie Mitte der sechziger und Anfang der siebziger Jahre in Deutschland alles auf den Kopf stellten, das Gären und Werden einer neuen Zeit, die politische Neugestaltung Deutschlands nach den Kriegen von 1866 und 1870, die Parteigründungen, von denen eine neue, revolutionäre, Partei auch die Sympathie der Arbeiter fand, der Krach von 1873, das Sozialistengesetz von 1878 — alles das traf unfertige, im Entstehen begriffene wirtschaftliche Gebilde der Arbeiter, machte sie unsicher und schwankend oder beraubte sie des eignen Haltes und schließlich ihrer Existenz, warf sie aus der Bahn einer natürlichen Entwicklung, so daß es nicht anders kommen konnte, wie es gekommen ist.

Es ist müßig, zu untersuchen, ob die Gewerkschaftsbewegung in jener Zeit einen lebhaften Aufschwung nehmen und sich früher der gewerkschaftlichen Neutralität hätte nähern können, wenn 1878 das Sozialistengesetz nicht gekommen wäre, weil wir nur mit geschichtlichen Tatsachen zu rechnen haben. Unzweifelhaft ist den Vätern des Sozialistengesetzes die Schuld beizumessen, daß sie in blindem Wüten die für das Gemeinwohl nützlichen Gewerkschaften zerstörten, die in ihrem natürlichen Entwicklungsgange sich doch allmählich von überflüssigen Parteischladen befreit und Wege beschritten hätten, die dem Wesen der Gewerkschaften entsprechen. Auf jeden Fall aber hat die enge Verbindung der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie jene mit unter das Fallbeil des gedachten Gesetzes gebracht. Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung gestattete eben keine streng neutralen Gewerkschaften, darum mußten Partei und Gewerkschaften gemeinsam von einem gegen die politische Partei gerichteten Ausnahmegeetze getroffen werden. Keine Unterschiede zwischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zu machen, das hieße an den preußischen Bureaucratismus, an den Polizeiverstand der Regierung von anno dunneo-mals Zumutungen stellen, die sie zu rechtfertigen beim besten Willen nicht imstande waren.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung zählte beim Erlasse des Gesetzes „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ 29 Verbände, 13 Gewerkschaftsorgane und 58000 Mitglieder. Was also tatsächlich vernichtet werden konnte, war in Anbetracht der Mitgliederzahlen äußerst

wenig, viel wichtiger ist, was der Gewerkschaftsbewegung an ideellem Schaden zugefügt wurde. Die gesamte Agitation und Organisation kam ins Stocken, die Neutralität wurde der Lächerlichkeit überantwortet, der äußern Auflösung folgte nicht selten die innere Auflösung der Gewerkschaften. Eine heute noch in der Sozialdemokratie übliche „Geschichtsschreibung“ behauptet, der Verband der Deutschen Buchdrucker sei damals durch Unbequemung an die Wünsche der Polizei der Auflösung entgangen. Das ist nicht richtig. Freilich warteten die Buchdrucker nicht, bis die Polizei geruhte, ihrer Organisation das Lebenslicht auszublenden, sondern sie lösten ihren Verband selbst auf, nachdem im November 1878 (siehe „Korr.“ Nr. 133 von 1878) die sächsische Landespolizeibehörde den Verband als einen solchen bezeichnete, der sich mit „öffentlichen Angelegenheiten“ beschäftigte und somit nach dem § 24 des sächsischen Vereinsgesetzes korporativer Rechte bedürfe. Der Verbandspräsident H. Härtel veröffentlichte daraufhin unterm 12. November 1878 eine Bekanntmachung in „Korr.“, in der es u. a. heißt:

... Unter Berücksichtigung der augenblicklichen Sachlage hat die Verbandsleitung beschlossen, von einem Refusur gegen diese Entscheidung abzugehen, vielmehr die Unterstützungskassier des Verbandes auf Grund des Königl. sächs. Gesetzes vom 15. Juni 1868, die juristischen Personen betreffend, eintragen zu lassen, und zwar unter der Firma: „Unterstützungsverein Deutscher Buchdruckerhilfen“, welcher Verein mit dem 1. Dezember d. J. in Kraft treten soll. . .

Der „Unterstützungsverein Deutscher Buchdruckerhilfen“ konstituierte sich am 21. November, wählte Härtel zum Vorsitzenden und fünf Ausschußmitglieder in Stuttgart. Für den früheren Verband der Deutschen Buchdrucker wurde die bisherige Verbandsleitung als Liquidationskommission eingesetzt. Diese Umwandlung des Verbandes war nur notwendig durch die drohende Auflösung des Verbandes mit Hilfe des § 11 des Sozialistengesetzes. In Nr. 28 des „Korr.“ von 1879 wird bekanntgegeben, daß nachträglich die Auflösung des Deutschen Buchdruckerverbandes auf Grund des sächsischen Vereinsgesetzes erfolgt sei. Die Korporationsrechte wurden aber dem „Unterstützungsverein“ nicht bewilligt, das Ministerium des Innern entschied, daß dem „Unterstützungsverein“ die Genehmigung zu versagen sei. Das veranlaßte die neue Leitung, in Nr. 35 des „Korr.“ von 1879 zu schreiben: „Es dürfte überhaupt feststehen, daß der Schwerpunkt der Hilfsorganisation ferner nicht mehr in Leipzig sein kann.“ Unterm 8. März 1879 wurde der Sitz des „Unterstützungsvereins“ nach Stuttgart verlegt und J. Didolph zum Vorsitzenden gewählt. Diese Umtauschung des Verbandes und die Sitzverlegung waren eine Folge des Sozialistengesetzes, dessen direkten Schlag einfach die Buchdrucker abzuwehren verstanden. Aber selbst wenn unser Verband unbehelligt geblieben wäre, so ließe sich unter gar keinen Umständen daraus ein Vorwurf für ihn herleiten, denn eine Gewerkschaft hat sich nicht mit den über das Tätigkeitsgebiet und die Arbeit einer wirtschaftlichen Organisation hinausreichenden Theorien einer politischen Partei zu identifizieren. Es ist also unlogisch, einerseits von ehrlicher Neutralität zu sprechen, andererseits aber bis in diese Tage hinein den Vorwurf gegen den Verband zu erheben,

er wäre vom Sozialistengesetz nicht aufgelöst worden. Meines Wissens sind auch die Organisationen der Handschuhmacher und Gutmacher von einer Auflösung verschont geblieben, ohne daß man bisher davon gehört hätte, sie seien als Arbeiterorganisationen mindern Wertes. Unsere Radikalen müßten aber aus jener Zeit etwas gelernt haben, nämlich, daß man eine Zeitepoche nicht überspringen kann. Diesen Hinweis mache ich deshalb, weil die mehr oder minder verhüllten Bestrebungen, gelegentlich den Gewerkschaften politische Massen- oder Generalstreiks aufzuhalsen, bei einer Probe aufs Exempel noch einmal mit einer Zerstörung der Gewerkschaften enden müßten.

Das Sozialistengesetz hatte zwar für einige Zeit einen Stillstand der gewerkschaftlichen Bewegung zur Folge, aber nur vorübergehend. Das gesamte wirtschaftliche Leben war bereits zu weit vorgeschritten, als daß es ein natürliches Ergebnis seiner eignen Entwicklung verneinen konnte. Trotz des gewaltsamen Einbruchs in das Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften gingen sofort die Arbeiter dazu über, ihre Organisationen wieder aufzubauen. Auf einer gewissen Höhe der wirtschaftlichen Entwicklung angelangt, zwingt ihre Unentbehrlichkeit die Arbeiter, selbst unter politischen Ausnahmezuständen Gewerkschaften ins Leben zu rufen und aufrecht zu erhalten. Unter gegebenen Voraussetzungen sind Gewerkschaften durch kein noch so hartes Gesetz, durch keine noch so brutale Polizeimaßregel zu verhindern. Freilich sind unter solch außerordentlichen Verhältnissen keine formvollendeten Gewerkschaften zu bilden, so daß wir nach 1878 bis zum Falle des Ausnahmegesetzes in der Hauptsache nur gewerkschaftliche Fragmente entstehen sehen. Was uns in jener Zeit als Gewerkschaften entgegentritt, waren meist lokale Verbindungen, örtliche Fachvereine mit gelegentlich loser Zentralisation. In diese Vereine flüchtete sich auch der Arbeiter als Parteigenosse, weil ihm jede politische Organisation so gut wie unmöglich gemacht war. So hat die Regierung als erste den idealen Bismarburgschen Begriff: „Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins“, in die Praxis übersezt. Die durch die intimen Beziehungen zwischen Partei- und Gewerkschaftsarbeit geschaffenen Verhältnisse führten mit dazu, daß allmählich die Überzeugung sich Bahn brach, diese durch Ausnahmezustände geschaffene Form der gewerkschaftlichen Organisation sei die zweckmäßigste. In Wirklichkeit war das aber keine Gewerkschaftsbewegung, sondern nur ein gewerkschaftliches Vegetieren. Es konnte an keinen Ausbau der Gewerkschaften gedacht werden, die Agitation zeitigte nur höchst unzulängliche Resultate, die Situation in den Gewerkschaften selbst war eine verfahrenere. Erst mit dem Falle des Sozialistengesetzes war ein allgemeines Aufnehmen gewerkschaftlicher Arbeit wieder möglich geworden, die um so schwieriger war, als man in der s.-d. Partei ein Streben der Gewerkschaften nach selbständiger Arbeit mit Mißtrauen betrachtete. Der Wahlsieg von 1890 tat ein übriges, die Massen in den Bahn zu versetzen, daß die Gewerkschaften zu spät kämen, um zu dem baldigen Siege des Proletariates irgend etwas Erhebliches noch beitragen zu können. Man lebte eben in dem naiven Glauben, mit dem Stimmzetteln die politische Macht „erobert“ zu können.

Nimmt man die Dinge nach den Tatsachen, wie sie heute geschichtlich festliegen, so muß vor allem konstatiert werden, daß es eine Gewerkschaftsbewegung in Deutschland erst seit Beginn der neunziger Jahre gibt. Nach der vorausgegangenen Entwicklung erschien sie aber zu dieser Zeit noch als Parteianhängsel. Eine bedingungslose Selbständigkeit wurde ihr damals ebensowenig von der s.-d. Partei eingeräumt — trotz aller Resolutionen und Nebenarten — wie heute. Wohl nicht ohne Absicht ist von einer Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung im sozialdemokratischen Parteiprogramme keine Rede, vielmehr heißt es dort: „... Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei...“ Daraus erklärt sich auch, daß ständig eine Bevormundung der Gewerkschaften durch die s.-d. Partei versucht wird, die glücklicherweise etwas energischer als früher eine Zurückweisung erfährt. Schrieb doch nach der Konferenz der Verbandsvorstände vor zwei Jahren die „Münchener Post“: „Entweder völlige Trennung zwischen Partei und Gewerkschaften oder eine gemeinsame Leitung für beide Gruppen. Wir halten mit Kautsky und der „Frankfurter Volksstimme“ das letztere für richtig und zeitgemäß.“ Diese „gemeinsame Leitung“ wäre der Sieg des Parteidiplomaten über den Gewerkschaftspraktiker. Solche Umwege macht allerdings die allzeit unentwegte „Leipziger Volkszeitung“ nicht. Sie sagt kurz und bindig: „Ein Sozialdemokrat hat sich nach dem Erfurter Programm zu richten. Geschehen in seiner Gewerkschaft Dinge, die mit dem Parteiprogramm in Widerspruch stehen, so hat er für die Beseitigung solcher Mißstände einzutreten.“ Das Ganze nennt man dann Unabhängigkeit der Gewerkschaften und gewerkschaftliche Neutralität! Unsere Leser werden daher begreifen, daß solchen Eventualitäten nur mit Hochhaltung prinzipieller Neutralität begegnet werden kann und begegnet werden muß.

## Eine zeitgemäße Kapuzinade.

Liebe Verbandsgemeinde!

Benehmet mit Aufmerksamkeit die Worte, die ausgangsweise in Hauptstück D eines jeden Konversationslexikons zu lesen sind:

„In jener Zeit lebte in Athen ein berühmter Philosoph mit Namen Diogenes, der ein Muster der Enthaltensart war, und Vegetarianer wie Asketiker als leuchtendes Vorbild heute noch gelten dürfte. Seine Bedürfnislosigkeit erstreckte sich aber nicht nur auf Speise und Trank, sondern auch auf Kleidung und Wohnung; so ging er wie „gustaf nagel“ nur mit dem Hemde bekleidet einher und hatte in einer Tonne sein Heim aufgeschlagen. Eines Tages verfiel er in die sonderbare Idee, am hellen Tage mit einer Laterne nach Menschen zu suchen, d. h. nach Menschen, die den Göttern ähnlich sind in ihren Handlungen. Leider — trotzdem sich Diogenes den ganzen Tag in den verkehrsreichsten Straßen und auf dem Marktplatz aufhielt — konnte er den gesuchten Idealmenschen nicht finden und enttäuscht kroch er am Abend in seine Tonne.“

Darüber sind über zwei Jahrtausende vergangen, als sich obiges zutrug. Genau weiß ich Jahr und Tag nicht mehr, da sich meine unsterbliche Seele damals gerade im alten Ägypten auf einer Wanderung durch verschiedene Tierleiber befand. Aber soviel kann ich mit Bestimmtheit versichern, daß wenn man heute auch mit elektrischen Scheinverfeuern von größter Lichtstärke auf die Suche ginge nach dem Idealmenschen, wie ihn sich Diogenes ausmalte, man würde keinen finden, desto mehr aber von der Sorte „Ibermenschen“.

Diese Anekdote von Diogenes fiel mir manchmal schon ein, wenn ich den „Korr.“ studierte. Ich will gleich vorausschicken, daß ich nicht zu denjenigen Mitgliedern unserer Verbandsgemeinde gehöre, die mit peinlicher Sorgfalt darauf achten, ob das Datum der jeweiligen „Korr.“-Nummer immer stimmt und ihn dann beiseite legen; nein, ich verdaue alles, dazu einige Blätter verschiedener Nützlichkeiten, was vielleicht davon herrührt, daß ich in einer Druckerei einen Teil meiner Belegszeit verbrachte, wo der Redakteur katholisch, der Verleger Protestant und die Anzeigen zum großen Teile mosaischer Herkunft waren. „Est modus in rebus, sunt certi denique fines“ — es ist Maß und Ziel in allen Dingen, es gibt mit einem Worte bestimmte Grenzen. Dies gestügelt Wort habe ich heute als Gegenstand der Betrachtung in meiner Kapuzinade gewählt. Da aber eine solche nur in einem lieben Bolkstone gehalten werden kann, so bitte ich die liebwerte Verbandsgemeinde, nicht jedes etwa vorkommende Kraftwort unter die Lupe zu nehmen.

Die Ereignisse der letzten Zeit in unserm Berufe haben den Zentralvorstand bewegen, eine Gauvorsehersonferenz einzuberufen. Das Resultat derselben war eine Änderung des § 4 des Organisationsvertrages vorzunehmen, um der gelben Gefahr energisch auf den Leib rücken zu können.

Wer nun glaubte, daß die Verbandsgemeinde diesem Beschlusse, der von Kollegen gefaßt, die zum Teile schon seit langen Jahren unbeschränktes Vertrauen besaßen — sonst hätte man dieselben doch nicht wiedergewählt —, ihre Zustimmung geben würde, der irte ganz gewaltig. Das Gegenteil war in vielen Fällen der Fall. Resolutionen und Resolutionsförmchen werden je nach der Größe der betreffenden Mitgliedschaft gefaßt, um wieder einmal aller Welt zu zeigen, was für hohle Köpfe diejenigen Kollegen haben, denen wir unser Vertrauen geschenkt. Das ist tieftraurig, wenn man sieht, wenn bei jeder sich passenden Gelegenheit Zentralvorstand, Redaktion, Gehilfenvertreter, Gauvorstände, und was alles einer Vertrauensposten bekleidet, heruntergerissen werden, nicht selten von Kollegen, die zwar innerlich die Zunge, aber selten das Herz auf dem richtigen Flecke haben.

Ich frage nun: Wer hat denn die Vertrauenspersonen auf ihre Posten gestellt? Warum schenkte man ihnen denn das Vertrauen? U. U. u. g.

Meiner Ansicht nach sind die Kollegen, die einen Vertrauensposten bekleiden, keine Kleber, und auf Rosen ist keiner von ihnen gebettet. Mancher wäre froh, wenn er heute schon lieber als morgen dieser undankbaren Stellung entthronen wäre. Er harret nur auf seinem Posten aus, weil er sich sagt: Schreien hilft nicht, Tatsachen beweisen, daß ich jederzeit nur das Wohl des Verbandes im Auge hatte.

Darum ist meines Erachtens Maß und Ziel in allen Dingen zu halten, denn alles hat seine Grenzen.

Schöne Worte helfen viel und kosten wenig, obwohl es oft für denjenigen, der sie spricht, besser wäre, er würde auf seinen vier Buchstaben sitzen bleiben.

Heute kam man schon im „Korr.“ die Aufforderung lesen, zur Generalversammlung die richtigen Kollegen zu wählen, denn: „Non cuius homini contingit adire Corinthum“ — nicht einem jeden ist die Reise nach Korinth heilsam!

Soll man einem Kollegen mit gebundenem Mandate vielleicht die Stimme geben? Wenn dies der Fall, so möchte ich wünschen, daß diese Kollegen einen Maulkorb umzuhängen haben, damit die andern Delegierten, die noch Männer sind, gleich wissen, woran sie sind.

Es mutet gewiß manchen Kollegen komisch an, wenn Vereine in kleinen Orten gleich bei der Hand sind, ihre Enttötung durch eine Resolution fundatum, wo solche Orte manchmal in sozialer Hinsicht so weit zurück sind, daß der Lehrer Sonntags zu Bette liegen muß, weil er infolge seines hohen Einkommens nur ein paar Hosen sein eigen nennt.

Und wie sieht es sonst aus in unsrer Verbandsgemeinde? Da bitte ich nur die Nr. 12 des „Korr.“ zur Hand zu nehmen und die Berichte von Radolfzell und Weissenfels eingehend zu verfolgen. In erstem Orte betteln Verbandskollegen um Kondition, trotzdem für Radolfzell noch Ausnahmestimmungen bestehen; in Weissenfels findet es ein Verbandsmitglied nicht unter seiner Würde, Bundesvergütungen mitzumachen! Hat dieser Kollege, dessen Rückgrat auf Verbandskosten einmal zum abschreckenden Beispiel in Spiritus gelegt gehörte, hat dieser Kollege wohl auch den von dem Kollegen Ochs (Karlsruhe) auf 100 km geschickten Artikel Regäufers gegen den Gutenbergbund nur gesehen? Gesehen hat er ihn jedenfalls nicht, sonst würde er schon längst seine Konsequenzen gezogen haben.

Nur diese beiden Beispiele aus einer Nummer unsers Verbandsorgans.

Der aufmerksame Kollege wird nun vielleicht selbst finden, ohne erst mit der Nase darauf gestoßen werden zu müssen, wo Entwürfnisbedingungen am Plage wachen.

Nachdem ich noch allen Mitgliedern unsrer großen Verbandsgemeinde bei Stellung von Anträgen zur Tagesordnung der Generalversammlung zurufen möchte: haltet Maß und Ziel in allen Dingen, es gibt mit einem Worte bestimmte Grenzen, die selbst IBERMENSCHEN und etwaige doch vorhanden sein sollende Diogenesche Idealmenschen auch beim besten Willen nicht überschreiten können.

Damit Schluß meiner Kapuzinade.

Schleswig.

Franz Zellner.

## Wilhelm Hoffäß und die Neutralität des Gutenbergbundes.

Im Anschluß an eine Notiz aus Breslau, wonach ein Faktor wegen Nichtbeachtung der in jenem Ortsvereine gefaßten Beschlüsse aus dem Verband ausgeschlossen wurde, nimmt der Redakteur des „Typ.“ Gelegenheit, die vier ausgeschlossenen Berliner Bundeskollegen in besonderer und die Ausgetretenen überhaupt in bekannter Weise anzurempeln. Und zwar geschieht dies wohl hauptsächlich, wie schon einmal erwähnt, deswegen, um die Provinz über die innern Verhältnisse des größten Ortsvereins des Gutenbergbundes irrezuführen. Zu diesem Zweck ist die Anrempelung der Ausgetretenen und Ausschlossenen ein probates Mittel. Man hält ihnen nochmals ihre Disziplinlosigkeit vor und bezieht speziell die vier Ausschlossenen als Leute, die bei ihrer Agitation nur ihre eignen Vorteile (lies: günstige Aufnahmebedingungen) im Auge hatten. Daß diese Leute schon lange gegen ihre politische Vergewaltigung im Bunde protestierten, daß sie dem Berliner Vorstande wegen seiner Vereinsführung in dieser Hinsicht schon lange

Opposition machten, und daß diese „Disziplinlosen“ schließlich für ihre Überzeugung fielen und gingen, das alles konnten die in der Provinz konditionierenden Bündler natürlich nicht ahnen, weil der „Typ.“ weder Artikel noch Inserate von diesen Ausgetretenen aufnahm; wohlgerne, zu einer Zeit, da sich die Verhältnisse im Berliner Vereine noch lange nicht so zugepöht hatten.

Trotzdem aber Hoffäß diesen Kollegen „Disziplinlosigkeit“ vorwirft, hält er es nicht für unangebracht, in derselben Nummer des „Typ.“ an den Mut der Überzeugung der christlich denkenden Verbandskollegen zu appellieren, mit andern Worten: er glaubt, daß überzeugte Verbandskollegen ihre Zugehörigkeit zur modernen Arbeiterklasse gegen die Linsegerichtsvorteile des Gutenbergbundes eintauschen werden. Das ist bei Wilhelm Hoffäß dann der Mut der Überzeugung, den wir ehrlich denkenden Verbandskollegen auch nicht abstreiten würden. Anders der christlich tolerante Sankt Hoffäß, wenn er in Nr. 7 des „Typ.“ vom 14. Februar schreibt:

Diese Blütenlese genügt, um unsern Kollegen im Bunde den Beweis zu erbringen, daß sich der Verband mit der unfreiwilligen Abänderung des § 4 des Organisationsvertrages in jedem Betradt in der Situation des betrübten Loggerbers befindet. Angefichts solcher Tatsachen, die mehr als Worte reden, ist es uns einfach unbegreiflich, daß es in unsern Reihen immer noch Kollegen gibt, die in geradegu weibischer Verzagttheit und Mutlosigkeit das Szenarium ergreifen und in die „Organisation von Beltruf“ hinüberschwenken, die vor den Maßnahmen des Bundes ihre Segel des strupelosen Machtigkels streichen mußte.

Es ist nun nicht meine Aufgabe, die in diesen Zeilen enthaltenen Angriffe auf unsre Organisation zu widerlegen, denn erstens besorgt das unsre Redaktion genügend, und zweitens haben ja die Außenleiter und Scharfmacher in unserm Gewerbe durch ihr Verhalten nach Aufhebung des § 4 des Organisationsvertrages gezeigt, wo die betrübten Loggerber in diesem Falle wieder einmal sitzen, und, wie erinnerlich, hat ja Hoffäß in einer bekannten, für ihn und den Bund arg blamablen Versammlung sich selbst als solcher zu erkennen gegeben. Wenn es aber dem Redakteur Hoffäß unbegreiflich ist, daß noch immer „weibisch verzagte und mutlose Kollegen“ in die Organisation von Beltruf übergeschwenken, so verweise ich ihn auf den Artikel des „Korr.“ „Paroli“ in einer der letzten Nummern des „Korr.“, der Herrn Hoffäß zu einer Entgegnung bisher noch nicht gereizt hat. Worüber wir uns angefichts des in genannten Artikel niedergelegten Tatsachenmaterials (betroffend hohe Speisen des Bundeshauptvorstandes) absolut nicht wundern. Im Gegenteil, dieses beredete Schweigen ist uns nur ein neuer Beweis dafür, daß man solchen aufklärenden Arbeiten der Provinzkollegen wegen aus dem Wege geht.

Was nun die Mutlosigkeit dieser übergetretenen Kollegen anbelangt, so ist es immerhin interessant, daß diese Kollegen nicht plötzlich hinausgingen, sondern erst dann, als sie sich durch fortwährende nutzlose Opposition und dito Arbeit im Vorstande des Berliner Vereins davon überzeugt hatten, daß an der Richtung des Bundes absolut nichts zu ändern war resp. daß der Bund seine Neutralität nach Halle vollkommen eingebüßt hatte! Ganz abgesehen davon, daß der Berliner Vorsteher schon vor Halle in der Vereinsversammlung beziehungsweise zum Abonnement auf „Das Reich“ (Stöckerische Tendenz) aufgefordert hatte, weil es den Bund einige Male in seinen Spalten erwähnte — ganz abgesehen davon, wußte der christliche Generalsekretär Stegerwald einem Delegierten auf der Hallenser Generalversammlung des Bundes auf dessen Frage, was nun mit den politisch organisierten Mitgliedern würde, nichts Besseres zu erwidern als: „Die müssen eben gehen!“ Ich habe noch nicht in Erfahrung gebracht, daß den christlichen Kollegen im Bunde jemals eine solche Weisung gegeben wurde; aus welchem Grunde sich die Neutralität des Verbandes in wohlthuender Weise von der Neutralität der Buchdruckerchristen abhebt. Aber auch bei anderer Gelegenheit hat man den ihre Überzeugung vertretenden „mutlosen und weibisch verzagten“ Kollegen klargemacht, daß man sich Überzeugungstreue im neutralen Gutenbergbunde nicht leisten dürfte, wodurch das Geschreißel des Buchdruckers Hoffäß in das rechte Licht gerückt wird. Wenn aber Hoffäß in den oben abgedruckten Zeilen vom Machtigkel des Verbandes spricht, so muß ich eingestehen, daß mir dieser Machtigkel (lies: Bewußtsein der Macht des Verbandes) doch stets mehr imponiert hat, als wenn Hoffäß sagte: „Meine Herren, am Gutenbergbunde wird sich der Verband der Deutschen Buchdrucker noch den Schädel einreimen“, wobei ich es anstandsweise unterlasse, diesen Ausdruck mit dem treffenden Ausbrude zu belegen.

Diese Darlegungen dürften ganz besonders für die christlich denkenden Verbandskollegen von Interesse sein, sehen sie doch, wie man von überzeugten Leuten, die nicht gerade mit M. Wabbacher Serum genippt wurden, bent.

Einen Fußtritt nach dem andern erhalten im „Korr.“ die noch christlich gesinnten Verbandsmitglieder. Diese scheinen es aber kaum zu merken; man wird es schließlich auch im Laufe der Jahre gewohnt wie der Hund die Schläge. Schon öfters ist an dieser wie an anderer Stelle auf das inkonsequente Verhalten derjenigen Verbandsmitglieder hingewiesen worden, welche mit den „christlichen Gewerkschaften“ sympathisieren, führt Hoffäß in echt jesuitischer Weise aus, wobei er aber vergißt, daß von der christlichen Weltanschauung verschiedener Verbandsmitglieder (welche Anschauung er beim

sch—reiden obiger Zeiten wohl im Auge hatte) bis zum Sympathisieren mit den christlichen Gewerkschaftszersplitterern ein sehr weiter Weg ist. Gerade seine vorstehenden Ausführungen kennzeichnen diesen Mann aber als echten Demagogen, als welchen wir ihn den Bündlern in der Provinz noch öfter vorzuführen gedenken.  
Berlin. S. S. Ringl.

## Korrespondenzen.

**Wreiter.** Der in Rede stehende Gehilfe wurde von uns entlassen, weil seine Leistungen nicht mit gebührender Lohn in Einklang bringen konnten. Mit 19 Jahren trat dieser zu uns in die Lehre, konnte aber, weil geistig beschränkt, am Setzfaß keine Verwendung finden, erhielt vielmehr seine Ausbildung an der Maschine, woran auch 13 Jahre bei uns tätig. Daß dem 30jährigen Manne (Vater von drei Kindern), welcher als gelernter Drucker nun „Segerlehrling“ spielen mußte, jegliche elementaren Fähigkeiten am Setzfaß mangeln, ist wohl nicht wunderbar! Bei der Firma B. Plachner verbiente er deshalb in einer Woche schon 11,00 Mk. und in den folgenden wohl nicht viel mehr. Die entsetzliche Ausübung der fraglichen Schädigung betr. Kassen bedeutete unsererseits die reinste „Fronie“, da V. seine oftmaligen Verspätungen mit „Unwohlsein“ zu entschuldigen verstand. Die Krankenkasse zahlt erst nach drei Tagen, die Renovierung des Druckereilokales war aber auf nur zwei Tage angesetzt, mithin zerfällt die künstliche Behauptung der Schädigung in sich selbst; es müssen zudem Krankheiten durch den Arzt konstatiert sein. Zur gestreiften Gehilfensausbildung, so sind die Leistungen unserer seit 20 Jahren bestehenden Buch- und Maschinen-druckerei von Behörden, Instituten, Privaten usw. von jeher anerkannt, sogar die Konkurrenz stellte selbige als tadellos hin, und vermögen Sie, Herr Verfasser, auch hieran nicht zu rütteln. Es sind und waren ferner „fünf“ in der Druckerei beschäftigt, wovon im April zwei Lehrlinge im zweiten bzw. dritten Jahre stehen. Mit diesen Kleinbetriebe hind aber auch „zufrieden“, und geben Sie sich nun auch so „zufrieden“ wie der vom Militär Entlassene!

**Wienstein.** Am 8. Februar beging unser Ortsverein sein I. Stiftungsfest. Der Vorsitzende Stanzig begrüßte im Namen des Ortsvereins die erschienenen Gäste und die vielen auswärtigen Kollegen. In seiner Ansprache beleuchtete er die Ziele und Zwecke uners. Verbandes eingehend und endete mit einem Hoch auf den Verband. Durch ein reichhaltiges Programm amüsierten sich die Erschienenen aus bester, bis der unvermeidliche Tanz in seine Rechte trat. „Seider“ mußten sich einige auswärtige Kollegen durch die starken Schneeverwehungen eine dreitägige Nachfeier gefallen lassen, die sie aber mit Humor über sich ergehen ließen, ehe sie in ihre heimatischen Heimen zurückgekehrt werden konnten. Für die Ortsvereinstellung der Druckereien in Berlin Paris hiermit bestens gedankt.

**Mugsburg.** (Maschinensetzergeneralversammlung vom 9. Februar.) Dem vom Vorsitzenden Wopp gegebenen Jahresberichte zufolge zählte der Klub Ende 1906 17 Mitglieder und am Schlusse 1907 24; für uns ein erfreuliches Zeichen, wenn wir konstatieren können, daß alle hier beschäftigten Maschinensetzer Verbandmitglieder und zugleich spezialorganisiert sind. Die sanitären Verhältnisse sind mit einer Ausnahme ziemlich gute zu nennen. Die Einführung des neuen Tarifes ging glatt vonstatten; auch den mit über 3 Mk. über Minimum entlohnten Kollegen wurden Zulagen gewährt. Das Rechnen ist nirgends eingeführt, der tarifamtliche Kontrollzettel in einer Druckerei. Nach Erledigung des Kassensberichtes und der Dechargeerteilung wurden die von den Zentralkommissionen der Sparten aufgestellten Entwürfe zur Verbandsgeneralversammlung in Köln einer Prüfung unterzogen und nach längerer Debatte gutgeheißen. Die darauffolgende Neuwahl des Ausschusses ergab die Wiederwahl der bisher amtierenden Kollegen. Unter „Technisches“ wurde der vom Kempener in Nürnberg gebaute automatische Metallnachleger „Kosmos“ besprochen. Der Vorsitzende erhielt den Auftrag, mit der Firma in Verbindung zu treten zwecks Überlassung eines solchen Apparates. Bei Punkt „Beschließendes“ wurde aus der Mitte der Versammlung auf die verschiedenartige Kommentierung des Tarifantes bezüglich des Zutrittsgebühres bei Sonntagsarbeit hingewiesen. Das Tarifamt hatte in einem Fall um 8 Uhr abends, in einem andern Fall um 5 Uhr abends das Zutrittsgebu von 3 Mk. für recht und billig erachtet, während es sich in letzter Zeit auf den Standpunkt stellte, daß dieses Zutrittsgebu erst von 10 Uhr abends ab Geltung habe. Die Versammlung war der Ansicht, daß durch solche Rückwärtskommentierungen das Vertrauen zu der obersten Tarifbehörde jedenfalls nicht gehoben werde; sie gab ferner ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß bei Sonntagsarbeit in jedem Fall ein entsprechendes Zutrittsgebu am Plage sei, schon aus dem Grunde, damit dieselbe nicht überhandnehme. — Am 16. Februar beschäftigte der Klub die bei der Firma Fr. Bruckmann, A.-G., neuaufgestellte Doppelmagazintypographie. Die Erläuterung dazu hatte Kollege Feldmeier übernommen. Auch an dieser Stelle sei ihm sowie der Firma für das freundliche Entgegenkommen bestens gedankt.

**Wahl i. Baden.** Aus dem Jahresberichte ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl zurzeit 18 gegen 20 am Jahresanfang beträgt. Ausgeschlossen wurden vier Mitglieder. Das verfloßene Jahr ist als ein unruhiges zu bezeichnen, wenigstens auch der neue Tarif in allen hiesigen Druckereien ohne nennenswerte Schwierigkeiten

eingeführt wurde. Die Mitglieder beteiligten sich stark am Badener Tag in Freiburg und an den Bezirksversammlungen in Kehl und Hornberg. Das Johannisfest wurde in Form eines Ausfluges nach Schwanenwasen gefeiert. Die hiesigen Kollegen setzten noch immer unter der ungerechten Ausnahmebestimmung; nach der Statistik ist Wühl der zweitmeiste Ort in Baden. — Am 15. Februar hielt unser Gauassessor Friedrich einen Vortrag über: Das Wirken des Verbandes. Für seine interessanten Ausführungen sei auch an dieser Stelle nochmals gedankt.

**L. Eberfeld.** Unfre erste hiesige Bezirksversammlung tagte am 16. Februar im „Volkshaus“ zu Eberfeld. Der Besuch war ein ziemlich guter. Von dem Jahresberichte, welchen der Vorsitzende erstattete, ist zu bemerken, daß sich der Mitgliederstand des Bezirkes von 453 im Vorjahre auf 544 gehoben hat, wie auch die Verhältnisse im Bezirke als gute bezeichnet werden können; mit Bestimmtheit kann man behaupten, daß im ganzen Bezirk kein Mitglied zu untauglichen Bedingungen arbeitet. Ganz anders sieht es mit den Herren Bündlern aus. Die Hausdruckerei der hiesigen Farbenfabrik ist für Verbandsmittelglieder gesperrt worden, weil untaugliche Zustände dort herrschen, wie auch die Behandlung viel zu wünschen übrig läßt. Der Bund läßt aber seine Mitglieder ruhig weiter arbeiten, unbedacht um deren Tariftreue. Und wie sieht es bei der Firma Müllers Söhne aus? Bis heute hat man noch nichts von der Anerkennung des Tarifes gehört, trotzdem schon vor Wochen der „Zpp.“ von dem „bahnbrechenden“ Vorgehen der dortigen Bündler gefaselt hatte. Die Erklärung auf diese Dinge ist die — wir leben nach dem 1. Januar, denn vorher konnte man sich nicht tariften genug gebärden! Wir werden nicht ruhen und rasten, die Herren Bündler immer wieder auf ihr tarifwidriges Handeln aufmerksam zu machen. — Die Vorstandswahl seitige das Resultat, daß der alte Bezirksvorstand per Klammation wiedergewählt wurde, und nahmen die Mitglieder dieselbe die Wahl an. Dem Vorstande wurde für das laufende Jahr für seine Mühewaltungen 50 Mk. aus der Bezirkskasse bewilligt. — Die Beratungen der Entwürfe zur Generalversammlung nahmen wohl die größte Zeit der Versammlung in Anspruch. Von den wichtigsten Entwürfen sollen einige erwähnt werden: 1. „Bei Vorbereitung und endgültiger Beschlußfassung über die jeweiligen Tarifverhältnisse ist den Mitgliedern ein größeres Mitbestimmungsrecht einzuräumen.“ — 2. Die Generalversammlung möge auf eine größere Vereinheitlichung der Unterzweigzweige hinwirken, um die Ungleichheiten in den einzelnen Gauen zu beseitigen.“ — 3. „Zum 1. Januar 1909 ab für jedes Mitglied auf Kosten des Verbandes den „Korr.“ einzuführen.“ — Als Kandidat für die Generalversammlung wurde für den hiesigen Bezirk Kollege Otto Zbanczy aufgestellt. — Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit den Entwürfen zum Gautag. Mit den Entwürfen vom- und Koll.-Eisen bzw. von- und Koll.-Eisen. — Die Delegiertenzahl konnte die Versammlung sich nicht einverstanden erklären, sondern erkennt nur den Gautag für den richtigen Ort an, wo betr. Regelung der Delegiertenfrage beschlossen werden könnte und sei Verminderung der Delegiertenzahl nicht durch eine Urabstimmung vorzunehmen. Anschließend hieran wurde der Antrag beschlossen: Die Bezirksvorsitzenden scheiden von der Delegiertenwahl aus, haben aber auf Kosten des Gaus mit beratender und beschließender Stimme an den Beratungen der Gauversammlung teilzunehmen.“ Nach 4 1/2 stündiger Tagung konnte hierauf die Versammlung geschlossen werden.

**Frankfurt a. M.** (Maschinensetzerverein.) Aus dem Jahresberichte, den der Vorsitzende bei der diesjährigen Generalversammlung bekanntgab, war zu ersehen, daß ein „Arbeit reiches Jahr hinter uns liegt; speziell was immer noch den neuen Tarif betrifft, sind die strittigsten Punkte noch lange nicht genügend geklärt. Über auch diese Tatsache ist zu konstatieren, daß die Mitglieder, welche bisher unfr. Sparte teilnahmslos gegenüberstanden, sich allmählich immer mehr für dieselbe gewinnen lassen. Auch wirkte hier die in diesem Jahr außergewöhnlich rege Agitation, welche uns fast einen Zuwachs von 40 Kollegen sicherte, und möchte der hier erscheinende Bericht auch die der Sparte noch fernstehenden Kollegen ermuntern, sich derselben anzuschließen. Bei der nun folgenden Vorstandswahl lehnte der seitherige erste Vorsitzende Wühl eine Wiederwahl ab, erstens mit Rücksicht auf die Würzburger Konferenz und Arbeitsüberlastung, zweitens um die Vereinsgeschäfte für unsere Interessen intensiver zu betreiben. Um dem Restantennutzen entgegen zu arbeiten, wurde von seiten des Vorstandes ein Antrag ausgearbeitet und angenommen, welcher besagt, daß Untertaxierer für die Einziehung der Beiträge bestimmt werden sollen. Leider sei auch hier die taurige Tatsache vermerkt, daß es noch immer Kollegen gibt, welche bei ihrer Abreise noch nicht einmal ihre Hefte begleichen und den Namen, sie seien Mitglied der Sparte, nur dem Schein nach markieren. Wenn auch hier nicht die richtige Stelle zum Ausbrüche solcher Vorurteile ist, so hoffen wir doch in Zukunft hierdurch eine Besserung zu erzielen. So steht der Vorstand auch in diesem Jahre vor einer ungeheuren Arbeitslast, welche nur bewältigt werden kann, wenn auch jeder einzelne Kollege seine Pflicht tut und für Besserung der Verhältnisse eintritt. Hoffen wir, daß es so wird, dann kann auch der Erfolg nicht ausbleiben.

**Glogau.** (Maschinensetzerklub.) Die am 20. Februar abgehaltene erste Versammlung zeigte ein reges Interesse für unsere gegenwärtigen Entwicklung unserer jungen Organisation. Der Vorsitzende Schubert eröffnete dieselbe mit Worten der Begrüßung und gedachte des vor kurzer Zeit verstorbenen Kollegen Fritz Walter, dessen Andenken durch Erheben von den Plätzen geehrt wurde.

Die übermittelten Glückwünsche von den schlesischen Berufsvereinen und der Zentralkommission wurden freudig begrüßt. Es konnte mit Zufriedenheit konstatiert werden, daß sämtliche hiesige Maschinenmeister gewonnen sind, und wurde der Vorstand beauftragt, vorbereitende Schritte zu unternehmen, namentlich im Bezirk eine rege Agitation zu entfalten, auch für Sachliteratur usw. zur Weiterbildung der Kollegen Anregung zu geben. Die weiteren zur Beratung gestellten Punkte riefen bei den Mitgliedern einen sachlichen Meinungsaustrausch hervor. Es wurde beschlossen, um das Interesse, die Fortbildung und die Kollegialität zu pflegen, regelmäßige Monatsversammlungen abzuhalten. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten sowie mit einem warmen Appell, durch rege Beteiligung ihr Interesse am Vereinsleben zu betunden, denn gerade die Versammlungen seien der Ort, an welchem wir unfr. Lage eingehend diskutieren können, wurde die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband und die Maschinenmeisterbewegung geschlossen.

**Sagen i. B.** (Maschinensetzerverein.) Das nunmehr abgeschlossene vierte Vereinsjahr war eines der arbeitsreichsten gewesen. Das wichtigste Moment in den Versammlungen bildete der Punkt „Technisches“, und zwar in bezug auf Beseitigung von sich einstellenden Schwierigkeiten bei Ausführung der verschiedensten Druckarbeiten. In Gemeinschaft mit dem Bochumer Maschinenmeisterverein wurde die Papierfabrik Kappel beschäftigt. Der Firma sei an dieser Stelle für ihr freundliches Entgegenkommen dankend gedacht. Mitgliederstand Anfang 1907 11, Ende des Jahres 15. Aus dem Bezirke gehört leider nur ein Kollege dem Verein an. Der Kassenbestand ist ein guter zu nennen. Der bisherige Vorstand ist wiedergewählt. An die Druckerkollegen am Wortort sowie im Bezirke, die dem Vereine noch nicht angehörend, richten wir die Bitte, in ihrem eigenen Interesse demselben beizutreten. Der monatliche Beitrag beträgt 30 Pf. pro Mitglied.

**-ch. Halle a. S.** Vor Eintritt in die Tagesordnung der Ortsversammlung vom 15. Februar gedachte der Vorsitzende des am 11. Februar nach ganz kurzem Krankenlager verstorbenen Maschinenmeisters Gustav Eberhardt. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise durch Erheben von den Plätzen. Zur Abrechnung über das vierte Quartal 1907, welche gedruckt vorlag, gab der Kassierer noch einige Erläuterungen. Die Ortskasse weist für das Jahr 1907 eine Zunahme auf von etwa 400 Mk. Auf Antrag der Revisoren erteilte die Versammlung dem Kassierer Entlastung. Zugleich gab der Gauassessor Ohs einen kurzen Überblick über die Einnahmen und Ausgaben in der Gaukasse, deren hohe Leistungen er im Gegensatz zu dem niedrigen Beitrage von 15 Pf. hervorhob. Den Jahresbericht über das hiesige Tarifschiedsgericht erstattete der Vorsitzende desselben, Kollege Schürmer. Danach sind eingereicht 14 Klagen, die in 8 zum Teile rechtlich ansgebehten Sitzungen erledigt wurden. 13 Klagen wurden von Gehilfen angefragt, und zwar 7 von Druckern, 4 von Setzern und 2 von Druckereipersonalen. 9 Entschiede lauteten zugunsten der Gehilfen, 2 Klagen wurden mit Stimmengleichheit abgelehnt und 3 abgewiesen. Die einzelnen Klagen und ihre Verhandlung wurden eingehend geschildert. Am häufigsten waren die Klagen wegen Maßregelung, und gerade diese waren gewöhnlich am schwierigsten zu entscheiden, da hier oft Behauptung gegen Behauptung stand. Zwei Kollegen hatten vom Schiedsgerichte Recht erlangen und war der Prinzipal zur Wiedereinstellung verurteilt worden; die Kollegen hatten aber sofort darauf verzichtet. Dies wurde nicht für richtig gehalten, wenigstens auch gesagt wurde, daß ein solches Arbeitsverhältnis doch kein angenehmes und dauerndes wieder werden könne. Auch verschiedene andre Fälle gaben Anlaß zu reger Aussprache. Die Sitzungen waren von den Gehilfen immer vollständig besucht, was bei den Prinzipalen nicht immer der Fall war. Zur diesjährigen Generalversammlung des Verbandes wurde folgender Antrag gestellt: „Zu § 5: Die Ausschließung eines Mitgliedes erfolgt auf Antrag der betreffenden Mitgliedschaft durch den Gauvorstand, wenn dasselbe . . . g) gleichzeitig Mitglied einer andern gewerkschaftlichen Richtung ist. Dieser Beschluß hat auch Kraft für solche Mitglieder, die bereits längere Zeit andern gewerkschaftlichen Verbänden oder Vereinigungen angehören.“ Dieser Antrag soll besonders solche Mitglieder treffen, die noch dem Gewerksverein (S.-V.) oder der Prinzipalskasse angehören. Auch auf den Faktorenbund wurde hingewiesen. Es müsse eine reinliche Scheidung eintreten; jedes Mitglied müsse jetzt wissen, wo es sich hinwenden wolle, entweder zum Verband oder zu der betreffenden andern Vereinigung. Demgegenüber wurde zu bedenken gegeben, daß es doch ungerecht sei, Mitglieder, welche vielleicht jahrelang zu andern Vereinigungen gesteuert hätten, ihrer Rechte zu berauben und vorgeschlagen, nur den Neueintretenden die Mitgliedschaft zu andern Vereinigungen zu verbieten. Die Versammlung erklärte sich für die vorliegende Fassung und nahm den Antrag einstimmig an. Von seiten der Maschinenmeister waren zur Generalversammlung folgende Anträge gestellt: „1. Die Zahl der Beisitzer im Verbandsvorstande ist zu erhöhen. 2. § 13, Zusatz zum ersten Absatz (Verbandsstatut): Die Zahl der Beisitzer ist im Zentralvorstande zu erhöhen, und zwar derart, daß sämtliche Branchen in demselben ihre Vertretung haben. 3. § 19 Absatz 1 (Verbandsstatut): Den Gauvorständen sind tunlichst Vertreter der verschiedenen Branchen in gleicher Weise anzugliedern wie dem Verbandsvorstande. 4. Die Zusammensetzung der Vorstände der Bezirke und

Mitgliedschaften soll eine bezartige sein, daß möglichst alle Branchen vertreten sind." Diese Anträge wurden von den Maschinenmeistern vertreten und begründet. Während ein Teil der Kollegen sich mit den Anträgen einverstanden erklärte, war der größere Teil dagegen, und zwar hauptsächlich aus den Gründen, weil sonst mit demselben Rechte sämtliche Sparten verlangen könnten, in den einzelnen Vorständen vertreten zu werden, was doch zu weit ginge; dann aber auch, weil die Vorstandsmitglieder nicht als Spartenvertreter, sondern als Verbandsmitglieder der gewählter Würden, und als solche das Gesamtinteresse der Verbandsmitglieder und nicht der einzelnen Sparten zu vertreten hätten. Der Vorstand würde sich schon jetzt vergrößern, wenn es nötig wäre, und die übrigen Wünsche bezüglich Gau und Bezirk seien hier am Orte bereits erfüllt. Die Versammlung schloß sich diesen Gründen an und lehnte die Anträge ab. Ein weiterer Antrag, der die kostenlose Vierung tariflicher Drucksachen, wie Tarif, Kommentar, Verzeichnis der tarifanerkennenden Firmen usw., durch den Verband bezogen, ward mit Hinblick auf die dadurch entstehenden Kosten abgelehnt. Um die jetzigen Orts- und Gaubureauräume auch ferner für diesen Zweck zu erhalten, stimmte die Versammlung einer Vergrößerung des Bureaus durch Hinzumietung der jetzt als Wohnung benutzten Räume zu. Es soll in diesem erweiterten Bureau unsere Bibliothek untergebracht werden, außerdem sollen darin kleinere Sitzungen, Druckereiverfassungen, Vertrauensmännerversammlungen usw., weiter auch die Sitzungen der Graphischen Vereinigung, der Maschinenmeister usw. abgehalten werden. Auch die hierzu nötigen erhöhten Mittel wurden von der Versammlung bewilligt. Die übrigen Verhandlungsgegenstände waren mehr lokaler Natur.

**Wenden-Gemein.** Unser am 9. Februar abgehaltenes zweites Stiftungsfest, welches zum erstenmal im öffentlichen Rahmen gefeiert wurde, hatte sich eines sehr zahlreichen Zupruches zu erfreuen. Gauerwalter Ewald Müller hatte die Festrede übernommen und schilberte unsere starke Organisation, woran sich die hiesige Arbeiterschaft ein gutes Beispiel nehmen könnte. Er endigte mit einem Hoch auf unser Ortsverein. Der Bezirk war durch den Bezirksvorstand vertreten. Kollege Lorenz überbrachte die Grüße des Hagener Ortsvereins. Unser Nachbarortverein Fyerlohn war auch in ziemlicher Zahl erschienen; im Auftrage desselben sprach Kollege Becker die Grüße desselben aus. Ferner wollen wir aber auch an dieser Stelle nicht unterlassen, unseren Prinzipal den Dank für die Gratislieferung der Drucksachen abzufassen. Die Prinzipale waren sämtlich auf unserm Fest erschienen. Das sehr reichhaltige Programm wurde in allen Teilen gut erledigt, und sei auch an dieser Stelle den Mitwirkenden unser Dank ausgesprochen. Wir wollen den Raum des „Korr.“ nicht länger in Anspruch nehmen, aber doch noch zum Schluss erwähnen, daß in Wenden, wo eine so starke Arbeiterschaft besteht, zum erstenmale von einer Organisation ein so großes Fest in so schöner und in allen Teilen gut verlaufener Weise stattgefunden hat. Und dieses Fest wird gewiß eine gute Denkschrift in unserm Ortsvereine zurücklassen für spätere Zeiten.

**Schwerin i. M.** Am 21. Februar verstarb der langjährige Chef der Sandmeyer'schen Hofbuchdruckerei, Geh. Kommissionsrat Fr. Brede aus Hannover, im fast vollendeten 83. Lebensjahre. Das Geschäft nahm unter B.S. Leitung einen bedeutenden Aufschwung und kann heute zu den ersten Geschäften Mecklenburgs gezählt werden. Der vornehme Charakter des Verstorbenen und sein jederzeit humanes Entgegenkommen dem Personale gegenüber sichern dem Verbliebenen ein dauerndes Gedenken über Grab hinaus.

**M. Solingen.** (Jahresbericht.) Wie bereits im letzten Jahresberichte berichtet, gelangte der neue Tarif bei sämtlichen 18 Firmen am Orte glatt zur Einführung und sind Verstöße gegen denselben im Berichtsjahre nicht zu verzeichnen gewesen. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschlusse 112 gegen 98 im Vorjahre. Vorträge wurden zwei gehalten, und zwar im Monate März ein Vortrag über „Konsumgenossenschaften“, der zweite behandelte das Thema: „Christliche und freie Gewerkschaften“, Referent Schöred (Wien). An Festlichkeiten hatte der Ortsverein nur sein Johannisfest am 23. Juni im hiesigen „Kaisersaal“ zu verzeichnen. Ein am Himmelfahrtstage (9. Mai) in Gemeinschaft mit dem Renscheider Ortsverein unternommener Ausflug mit Damen ins romantisch gelegene Hammatal fand in einem gemüthlichen Beisammensein im Vereinslokale des dortigen Ortsvereins seinen harmonischen Abschluß. Als Spartenvereinigungen hier am Orte sind der Maschinenmeisterklub Solingen-Wald und die Typographische Gesellschaft zu erwähnen. Ersterer arrangierte am 10. Dezember 1907 einen Vortragsabend, verbunden mit einer Ausstellung von Druck- und Prägearbeiten. Der Besuch des Vortrages, zu dem Herr Ingenieur Sieners von der Maschinenfabrik Rodtrock & Schneider (Dresden) gewonnen war, hätte in Anbetracht des Gebotenen ein weit besserer sein können. Letztere veranstaltete im August eine Druckausstellung und erfreute sich dieselbe eines recht guten Besuchs. Bezüglich des Zentralkomitees der Solinger Gewerkschaften geht die von uns zurzeit berichtete Ummwälzung langsam ihren Weg, und folgte auch unser Ortsverein dem Zuge der Zeit, indem er mit dem 1. April 1907 seinen Austritt aus genannter Korporation vollzog. Als ein für die organisierte Solinger Arbeiterschaft unentbehrliches Institut, kann die hiesige Volksbibliothek bezeichnet werden, und zählten auch im vorliegenden Jahre die Buchdrucker mit zu den eifrigsten Benutzern. Hoffen wir, daß auch im kommenden Jahre das rege Vereinsleben erhalten bleibe, damit die im neuen Jahre zu leistende Kleinarbeit zum Wohle der

Mitglieder wie auch des Verbandes gereichen möge. — In der am 18. Januar gut besuchten Generalversammlung resp. der am 8. Februar folgenden außerordentlichen Generalversammlung wurde der seitherige Vorstand bis auf die beiden Schriftführer, die eine Wiederwahl ablehnten, einstimmig wiedergewählt. Da in letzterer Versammlung neben der Passierewahl die Anträge für die Generalversammlung resp. Gautag als Hauptpunkte zu behandeln waren, mußte der Versammlungsbesuch seitens unser Mitglieder leider als ein geradezu kläglicher bezeichnet werden, eine Lässigkeit, der sich die Herren Kollegen zu gegebener Zeit doch wohl gütigst erinnern werden.

**L. Zondern.** Am 16. Februar hatten wir das Vergnügen, unsern Gausvorsteher Prüiter in unser Mitte begrüßen zu können. Kollege Prüiter hatte es auf Ersuchen in liebenswürdiger Weise übernommen, in unserm Ortsverein einen Vortrag zu halten, und zwar über das Thema: „Der Verband und seine Bestrebungen“. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine nahezu dreieinhalbstündigen Ausführungen, und sprechen wir auch an dieser Stelle nochmals unsern Dank für seinen hochinteressanten Vortrag aus. Als besonders erfreuliches Zeichen war es zu betrachten, daß sämtliche am Orte weilenden Mitglieder erschienen waren und sich auch vier auswärtige Kollegen (Wredstadt-Breklum 3 und Led 1) auf eine Einladung hin eingefunden hatten.

**H. Wolfenbüttel.** Ende Januar hielt der Ortsverein seine Jahreshauptversammlung ab, in welcher der Vorstand den Jahresbericht für 1907 erstattete. Bei durchschnittlich 26 Mitgliedern waren in der bestbesuchten Versammlung 16 anwesend. In Vergnügungen wurden ein Stiftungsfest, welches von dem Braunschweiger Buchdrucker-Gesangverein Untenberg in dankenswerter Weise veranstaltet wurde, und ein Johannisfest abgehalten. Im November v. J. wurde unsere Aufmerksamkeit auf die hiesige Strafanstalt gelenkt, in der, wie wir in Erfahrung gebracht hatten, eine Druckerei eingerichtet werden sollte. Doch hat sich, wie verlautet, die Sache zu unsern Gunsten gestaltet, indem nämlich Abstand davon genommen ist.

**Würgburg.** Die Kollegen allerorts seien vor einem gewissen Franz Urban gewarnt, der sich in den Druckereien und von Buchdruckern frequentierten Wirtschaften Unterstüzung zu erschwindeln versucht unter der Angabe, er sei Verbandsmitglied und ausgeteuert, sein Buch liege beim Reifeckverwalter. In Wirklichkeit ist Urban Bändler, der den Bucheintrag „ausgeteuert“ in Weimar erhielt und letztmalig Vertrauensstellung vom hiesigen Bundeskassierer bekam. In hiesiger größerer Druckerei konnten diesem Frechling seine Papiere kontrolliert werden, wodurch erwähnte Feststellungen möglich. Urban ist etwa 40 Jahre alt, trägt gelbliche überzieher, hat rötlichblonden Spitzbart und ist 1,70 Meter lang.

**Jossen.** (Berichtigung.) In Nr. 20 des „Korr.“ befindet sich unter Leipzig eine Notiz, die sich auch mit meiner Person beschäftigt. Ich erkläre hiermit, daß ein Import eines nichttarifreuen Gehilfen von mir nicht stattgefunden hat, im Gegenteile mir die Herkunft des pp. Pessel erst aus der fraglichen Notiz bekannt wurde. Adolf Cratow.

## Rundschau.

Ferien! Noch hat der Frühling nicht einmal die ersten Vorboten seines von allen Menschen mit sehndem Verlangen erwarteten Kommens' entsendet, da steigt uns ein andres Zeichen zu, daß mit des Winters Macht es nun zu Ende geht: die erste Ferienbewilligung in diesem Jahre! Sie kommt von der Buchdruckerei der Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co. in Hamburg, bei welcher Firma dem gesamten Personale ohne irgendwelche Karenzzeit eine Woche Ferien gewährt wurde. Wir hoffen, im Anschlusse daran noch oft über Ferienerneuerungsbewilligungen berichten zu können, die man uns immer schleunigst und stets gesondert mitteilen wolle, aber wohl gerne: nur zum erstenmale bewilligten Urlaub.

Ein Musterfaktor ist der Geschäftsführer Meyer in der „Meunkirchner Volkszeitung“. Eine Schöffengerichtsverhandlung ergab, daß dieser gestrenge Herr in dem Königreiche Stumm Gepflogenheiten hat, die die Vermutung nahelegen, als wüßte der Mann gar nicht, daß er einem Buchdruckbetriebe vorsteht. Der gegen ihn geführte Prozeß eines achtjährigen Seters mag ihm aber eine Warnung sein: es wird einmal anders für ihn auslaufen. In diesem Falle ließ sich der Kläger — ein schwächlicher, junger Mensch —, dem der hochgebildete Meyer wegen eines kleinen Fehlers ins Gesicht geschlagen und ihn am Halse würgte, leider zu einem Vergleiche herbei, trotzdem die in Aussicht gestellte Gegentlage nichts als eine leere Drohung war. Freilich, lange genug hat sich der junge Kollege gegen einen Vergleich gewehrt, sein Unmuth redete aber gar zu eindringlich auf ihn ein. So kam es denn, daß Meyer, der seinem Vorsteherposten im jungliberalen Vereine jedenfalls nicht mit so handgreiflichem Eifer obliegt, noch einmal mit einem blauen Auge, das heißt mit dem Bedauern über die vollbrachte Mißhandlung und der Lebernahme der Kosten im Betrage von 73 M. davon kam.

Die Vergebung städtischer Drucksachen nur an Druckereien hat in Verfolg einer Eingabe unser Ortsvereins in Aschaffenburg der dortige Stadtmagistrat mit Einstimmigkeit beschlossen.

Zu der Notiz in Nr. 22: „Ein unbekannter Schriftgrad“, sendet uns Kollege Friedrich Bauer in Hamburg

eine Zuschrift, woraus zu ersehen, daß der Verfasser einer sich darüber verbreitenden Notiz in der „Papierteitung“, die wir in ihrem Kerne reproduzierten, nicht genau informiert war. Kollege Bauer schreibt uns, „daß dieser Schriftgrad gar nicht so unbekannt ist, daß vielmehr dem Urheber dieser Notiz die neueren Lehr- und Hilfsbücher und die Abhandlungen über die Entwicklung unser Schriftwesens sehr unbekannt sind. In Klimichs Jahrbuch 1900“, Seite 20, dann in meinem Handbuche für Schriftsetzer (1. Auflage, Seite 19, 2. Auflage, Seite 17/18) steht das folgende: „Der 11-Punktgrad, der in einem Schriftenverzeichnis von 1693 ‚Brevier‘ (Brevier) genannt wird, und der seinen Namen wahrscheinlich davon hat, daß man zuerst ein Brevier (Gebetbuch für katholische Geistliche) damit druckte, war früher unter dem Namen ‚Mainzer‘ oder ‚Rheinländer‘ und ‚Descendain‘ in Deutschland und ist unter letztem Namen jetzt noch in Holland gebräuchlich. Zurzeit ist ein solcher Schriftgrad in Deutschland nicht mehr vorhanden, wohl aber in fast allen andern Ländern; in Frankreich heißt er ‚Cicero‘, in Spanien ‚Sector‘, in Italien ‚Filosofia‘, in England und Amerika ‚Small Bica‘. Im Wörterverzeichnisse meines Handbuchs für Schriftsetzer steht außerdem noch klipp und klar: ‚Descendain, alter Name für einen Schriftregel von elf Punkten.“

Die Terrorismusaffäre in der Wiener „Neuen Freien Presse“, über die von deutschen Blättern wahre Schauergerichte gebracht wurden, fand nunmehr im Wiener „Vorwärts“ und auch in der „Buchdruckerwoche“ eine dem wirklichen Gergang entsprechende Darstellung. In dem genannten deutschen Fachblatt nimmt der technische Direktor der „Neuen Freien Presse“ selbst das Wort, um gegen die tendenziöse Ausschaltung des Vorkommnisses Verwahrung einzulegen. Danach kann weder von sozialdemokratischem Terrorismus noch von einem Tarifverstoße, den je nach der Farbe des sich über den fetten Hapen hermachenden Blattes das Personal genannter Wiener Druckerei begangen haben soll, die Rede sein. Tatsache ist vielmehr, daß die punkt 3 Uhr morgens in Wien eingetroffene Nachricht von dem Attentate auf den König und den Kronprinzen von Portugal von zwei großen Wiener Zeitungen nicht mehr gebracht wurde, weil die zwischen 9 Uhr morgens und 3 Uhr nachts gelegene Arbeitszeit der Wiener Zeitungsetzer dem entgegensteht. Die Schilderung des Voralles im „Vorwärts“ besagt noch etwas mehr als die Erklärung des Herrn Herrmann in der „Buchdruckerwoche“. Danach wird die im Wiener Zeitungsetzerartise vorgegebene Arbeitszeit in ihrem Endpunkte um deswillen sehr genau eingehalten, weil die Konkurrenz der Zeitungen sehr häufig Überschreitungen als notwendig erscheinen lassen würde. Aus dem „Vorwärts“ ist auch zu entnehmen, daß diese Verstoße der Schmutzkonkurrenz gar nicht so selten sind, und daß die „Neue Freie Presse“ wegen eines ähnlichen, erst kürzlich passierten Vorganges beim Tarifschiedsgericht verklagt worden ist. Es soll sich um einen Fall handeln, der auch von der Prinzipalität scharfe Verurteilung erfährt. Mit der Weiterung, die Lissaboner Ereignisse noch zu sehen, wurde also einem zweiten Tarifbruch in jener Druckerei vorgebeugt. Das Tarifamt kann allerdings wegen wichtiger Vorkommnisse bei den Zeitungen eine außertarifliche Verschiebung der Arbeitszeit eintreten lassen, in dringlichsten Fällen kann sogar innerhalb einer Stunde von den beiden Obmännern eine Entscheidung getroffen werden. Das Personal wie auch der einzelne Unternehmer haben jedoch nicht das Recht, selbständig vorzugehen. Also nichts von einem Tarifbruche — was auch Herr Herrmann besonders konstatierte —, einer Diktatur des Personals oder sozialdemokratischem Terrorismus. Es liegen für unsre Begriffe wohl eigenartig gelagerte Verhältnisse vor, denn in unsrer Zeit des schnellsten Nachrichtenendienstes mutet ein Hinausgehen so wichtiger Meldungen gewiß seltsam an, aber Inkorrektheiten sind von jenem in den Zeitungen angegriffenen Personale nicht begangen worden.

Im Reichstage war in der vergangenen Woche bei Beratung des Etats der Justizverwaltung viel die Rede von Klaffenjustiz, deren Vorhandensein von dem Justizstaatssekretär natürlich bestritten, wenn auch von ihm zugegeben wurde, daß manche Urteile gegen Arbeiter nicht die Billigung der Reichsjustizverwaltung finden. Wir können nicht auf die überfülle des Materials eingehen, das besonders von den sozialdemokratischen Abgeordneten Stadthagen und Frank und namentlich wieder in Gestalt von Gewerkschaftsprozessen als Beweis dafür Anführung fand, daß mit Zug und Recht von einer Klaffenjustiz in Deutschland gesprochen werden könne. Sehr beachtenswert war aber, daß ein fächsigter Landgerichtsdirektor, der nationalliberale Abgeordnete Heinze sich zu diesem Kapitel in einer Weise äußerte, die nur als Berechtigung der Klagen über eine Klaffenjustiz bei uns angesehen werden kann. Allerdings wollte später genannter Abgeordneter seine Ausführungen nicht so abstrakt gemeint haben, aber abgesehen von dieser Einschränkung waren seine Darlegungen sehr interessant und bedeutungsvoll gerade dadurch, weil sie von einem fächsigsten Landgerichtsdirektor stammten. Er sagte u. a.: „... Auch die Klagen über Klaffenjustiz kann man nicht durchweg für ungerechtfertigt erklären. Aber man muß auch anerkennen, daß die ausstehende Arbeiterbewegung den Gerichten eine Fülle neuer Aufgaben gestellt hat: auf dem Gebiete der Arbeiterkoalitionen, des Boykottes, der Streiks, der Aussperrungen, Aufgaben, die zu lösen sehr schwer ist. Diese schnell angewachsene Bewegung juristisch zu erfassen, ist sehr schwer. Auch darf man nicht verkennen, daß die Arbeiterbewegung sich vielfach mit

(Fortsetzung in der Beilage.)

# Beilage zum Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.  
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich.

Leipzig, den 27. Februar 1908.

Anzeigenkosten: die Nonpareilzeile 25 Pf.;  
Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf.

Nr. 24.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

den revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie identifiziert hat und dadurch Mißtrauen bei den Richtern erregt hat. Es ist zuzugestehen, daß die Rechtsprechung bezüglich des Koalitionsrechtes Licht und Schatten nicht immer gleich verteilt zwischen Unternehmer- und Arbeiterverbänden. In einem Urteile wird z. B. ausgeführt, daß streikende Arbeiter, welche sich in einer Wirtschaft an verschiedene Tische setzten, so daß alle Tische besetzt waren, als Streikbrecher herankamen, so daß diese sich zu den Streikenden setzten, dadurch allein schon groben Unbill verübt hätten. Obwohl eine Befähigung der Streikbrecher, wie das Urteil selbst feststellt, nicht stattgefunden hat. Es ist auch zuzugeben, daß das Strafmaß oft ein sehr hartes ist, wenn es sich um Arbeiter handelt, und sehr milde, wenn Angeklagte gebildeten Standes in Frage kommen. Die weitere Behauptung Seines, daß im Zivilrecht die Klassenjustiz nicht zu Hause sei, gibt in ihren Konsequenzen jedenfalls auch sehr zu denken. Daß sie nicht zutrifft, geht wohl am besten an dem von Stadtthgen herangezogenen Hamburger Zivilurteile gegen den Gasenarbeiterverband hervor, dem wir neulich erst längere Ausführungen widmeten. Die Seinesche Rede hat mit Recht großes Aufsehen erregt und diese Kritik eines Fachmannes wird bleibenden Wert behalten. — In derselben Debatte spielte auch ein Antrag Jund-Gröber, gesetzliche Bestimmungen zur Regelung des Rechtes der Arbeitstarifverträge zu schaffen, eine nicht unwichtige Rolle. Das Schicksal dieser von den National-Liberalen und dem Zentrum gestellten Resolution ist zur Stunde noch nicht entschieden, die Ausführungen dazu lauteten aber sympathisch. Der Zentrumsabgeordnete Schürmer, ein christlicher Gewerkschaftsführer, konnte unter vielen Verbeugungen und Empfehlungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung es nicht unterlassen, eine Attacke gegen den Verband der Deutschen Buchdrucker zu reiten. Er sagte nämlich unter anderem: „Wie sehr eine gesetzliche Regelung notwendig ist, ergibt sich aus den Vorgängen bei den Tarifverträgen der Chemigraphen und Kupferdrucker wie der Buchdrucker überhaupt. Im Vertrage der Buchdrucker, der im vorigen Jahre abgeschlossen war, fand sich auch ein § 4, der gleichfalls den Koalitionszwang stipuliert. Das Gerechtigkeitsgefühl, von dem die Sozialdemokraten hier immer so viele Worte machen, kommt bei jenem Vertrage jedenfalls nicht zum Ausdruck. (Sehr richtig!) Nun wird mir mitgeteilt, daß, obwohl der § 4 inzwischen ausgemerzt worden ist, immer noch versucht wird, diesen Koalitionszwang auszuüben. Die im sozialdemokratischen Verband organisierten Buchdrucker versuchen es auf jede Weise, die anders Organisierten, speziell die im Gutenbergbund organisierten Buchdrucker, fern zu halten; es sind hier in Berlin große leistungsfähige Firmen, die Reichsdruckmaschinen herstellen, wie Hermann in der Deuthstraße, Sittenfeld und die Druckerei der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, die sich diesem sozialdemokratischen Terrorismus so weit widrigen müssen, daß in ihren Betrieben kein anders organisierter Buchdrucker Aufnahme findet, und wenn es schon einmal geschieht, so muß er binnen 24 Stunden dem sozialdemokratischen Verbands beitreten, sonst wird er wieder entfernt. Wir bekämpfen auch diesen Terrorismus und ich möchte an die sozialdemokratischen Führer die Aufforderung richten, auch auf diesem Gebiete die Freiheit zu gewähren, von der die Sozialdemokraten immer so viel reden.“ Da wir gewohnt sind, daß im Reichstage niemand solche Angriffe der Unschuldensengel von christlichen Gewerkschaftlern auf unsern Verband und unsre Tarifgemeinschaft abwehrt, so erklären wir an dieser Stelle die Denunziation des Gewerkschaftsdristen Schürmer für verlogen. Sie ist nichts als eine schämige Empfehlung des „berühmten“ Gutenbergbundes, für den die Klame anzu machen die Reichstagsstribüne mißbraucht wird, weil er bei den Buchdruckern selbst allen Kredit verloren hat und ihm keine Agitation mehr etwas nützt. Von den im Reichstage vertretenen christlichen Gewerkschaftsführern ist es obendrein eine große Unverschämtheit, von Terrorismus des Verbandes zu reden, da doch ihr Zentralorgan vor etlichen Wochen im Einverständnisse mit dem Gutenbergbund an die christliche Presse ziemlich unverschöbten die Aufforderung richtete, nur noch Gutenbergbündler einzustellen, andernfalls die christlichen Gewerkschaftler auf diese Blätter verzichten würden!

Die Kommissionsberatungen über das Reichsvereinsgesetz sind unter Überwindung vieler Schwierigkeiten in erster Lesung beendet. Um die Hauptsache, den schwerwiegenden Sprachenparagrafen, ist man freilich noch wie die Frage um den heißen Brei herumgegangen, weil in der harmonieerfüllten Modfamilie bis jetzt noch keine Einigung über diese thigliche Sache zu erreichen war. Gleich zu Anfang gab es hitzige Debatten. Die Ausländerfrage spielte eine große Rolle, die Konservativen unternahmten einen Vorstoß, die für die Jugendlichen

und Frauen geplante Versammlungsfreiheit zu Falle zu bringen. Die unterschiedlichen Versuche der das fortschrittliche Element in der Kommission (der auch Legien und Schiffer, die Führer der freien und christlichen Gewerkschaften, angehören) bildenden Parteien Sozialdemokratie, Zentrum und Polen, das Koalitionsrecht bei dieser Materie mit zu regeln, scheiterten jedoch ebenso wie — in diesem Fall erfreulicherweise — die reaktionären Absichten der Konservativen. Die Umgestaltung des § 1 bedeutet schließlich aber einen kleinen Erfolg in der Ausländerfrage, denn es soll die Vereins- und Versammlungsfreiheit lediglich den durch das Reichsvereinsgesetz gezogenen Beschränkungen unterliegen, während im Entwurfe nur von Reichsangehörigen die Rede war. Im § 2 wurde der schier unbegrenzte Begriff „öffentliche Angelegenheiten“ etwas klarer definiert in „politische Angelegenheiten“. Ein sozialdemokratischer Antrag, daß Gewerkschaften nicht als politische Vereine angesehen werden können, wurde abgelehnt. Die Frist zur Einreichung des Statutes bei Gründung des Vereins und zur Anmeldung einer veränderten Zusammensetzung des Vorstandes wurde von einer auf zwei Wochen verlängert. Neu aufgenommen wurde die Bestimmung, daß gegen einen Verein, dessen Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft, die Auflösung verfügt werden kann, gegen welche dann das Verwaltungsstreitverfahren oder der Rekurs zulässig ist. Ein sehr interessantes Moment ergab sich bei der Beratung des § 3. Der bayrische Bundesratsbevollmächtigte Stöbenreuther verkehrte nämlich einer konservativen Deputierten tüchtigen Klaps: Der Polizeigeist solle nicht auch noch in Bayern seinen Eingang halten, die bayrische Bevölkerung will die vereinsrechtlichen Freiheiten Bayerns nicht geschnalret sehen. Das Ergebnis dieser Debatte ist auch sonst noch erfreulich. Die gewerkschaftlichen Versammlungen sowie die Wahlversammlungen wurden von der Anmeldefrist befreit. Ausdrücklich wird jetzt auch gesagt, daß wenn von dem in § 152 der Gewerbeordnung genannten Personenzirkeln (Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinhin) die ebenda bezeichnenden Zwecke verfolgt und beraten werden, dies nicht als eine Erörterung politischer Angelegenheiten gilt. Konform dessen wäre der zum § 2 eingenommene Standpunkt, der die Gewerkschaften als politische Vereine erscheinen läßt, eigentlich hinfällig. Es verdient besondere Hervorhebung, daß das Reichsvereinsgesetz nur öffentliche Versammlungen trifft. Alle Tagungen von Berufsvereinen, Gewerkschaften und sonstigen wirtschaftlichen Verbindungen, für die nur die Mitglieder Zutritt haben, sollen auch von der polizeilichen Überwachung befreit sein. Für öffentliche Versammlungen wurde ferner die Erleichterung geschaffen, daß es keiner Anzeige bedarf, wenn solche Veranstaltungen öffentlich betanntgemacht werden. Weniger befriedigend ist das mit dem § 4 erzielte Resultat, der von den öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel und öffentlichen Aufzügen handelt. Das Vaterland stand wieder einmal in großer Gefahr — die Regierung muß das wohl am besten wissen. Über trotz aller Beschwörungen wurden doch einige verbessernde Veränderungen durchgedrückt. So erhielten die Landesgerichtsbeförden ziemlich weitgehende Befugnisse eingeräumt zu Erleichterungen. Ferner wurde die Anzeigefrist auf 24 Stunden herabgesetzt und extra ausgesprochen, daß öffentliche Versammlungen in einem mit dem Versammlungsorte zusammenhängenden eingetragenen Hof oder Garten nicht als öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel gelten. Das ist sehr wichtig für solche Gegenden, wo die Saalabtreiberei und Saalperre zu Versammlungen unter freiem Himmel zwingen; aber auch für die nicht seltenen Fälle, wo das scharfe Auge der Polizei an einem Saal erst dann irgend etwas nicht in Ordnung findet, wenn Arbeiterversammlungen abgehalten werden sollen. Wenn in solchen Fällen die Polizei ihre Genehmigung zu einer Versammlung unter freiem Himmel erteilen müßte, so wären Versammlungen in solchen Orten wohl nur ganz selten möglich. Die §§ 5 und 6 geben uns zu Ausführungen keinen Anlaß. § 7 wurde nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte von der Blochmehrheit an den Schluß der ganzen Kommissionsberatungen gesetzt. Die vorgenommene Änderung im § 8 (Überwachungsbezugnis) ist nicht erheblich. Im § 9 gelang es, den Absatz 4 so zu vereinfachen und abzuschwächen, daß die von der Regierung dabei beabsichtigte Verschlechterung abgewehrt werden konnte. Die Aufzugsbezugnis ist also gegen die Vorlage eingeschränkt worden, außerdem kann auch gegen die Auflösung einer öffentlichen Versammlung der Weg des Verwaltungsstreitverfahrens oder des Rekurses beschritten werden. Zweifellos ein Vorteil gegen den jetzigen Zustand. Von den Schlußparagrafen ist zu erwähnen, daß die im § 11 vorgesehene höhern Strafen für Übertretungen dieses Gesetzes zum Teil um die Hälfte herabgesetzt wurden. Das Saalabtreiben durch Behörden und Unternehmer sowie die Schikantierung von Gastwirten durch Konzessionsbeschränkungen wollten die Sozialdemokratie und das Zentrum unter Strafe gestellt wissen.

Der Bloch war nicht dafür zu haben. Man mußte sich also begnügen, wenigstens die Erklärung von dem Staatssekretär herausgeschlagen zu haben, daß die polizeiliche Verbreitung von Lokalen ein öffentlicher Amtsmißbrauch sei, der nach § 339 des Strafgesetzbuches geahndet werden könne. Wenn die Kommission in der ersten Durchberatung des Gesetzesentwurfes nicht mehr an ihm gebessert hat, so liegt das an der freisinnig-konservativen Mehrheit, oder, um eine gebräuchlichere Bezeichnung zu wählen: am Bloch. Die Sozialdemokratie und das Zentrum, namentlich erstere Partei, haben weitergehende Vorschläge gestellt, sind aber fast immer unterlegen. Da der bekannte Sprachenparagraf auf die lange Bank geschoben worden ist, kann über die erste Lesung ein abschließendes Urteil eigentlich noch nicht gefällt werden. Man kann jedoch sagen und anerkennen, daß einige der erzielten Verbesserungen gerade für die Gewerkschaften im Norden von Vorteil sind und den konservativen Rückschritten mit ihren Vorschlägen auf Verhinderung der Regierungsvorlage — Nichtzulassung der jugendlichen und weiblichen Personen zu öffentlichen Versammlungen — das Konzept verdrängen wurde. Die am 27. Februar, dem Erscheinungstage dieser Nummer, beginnende Beratung des ominösen § 7 — das Werk von Hueck und Genossen — muß die Beseitigung dieser gewerkschaftsfeindlichen Bestimmung bringen, wenn das Gesetz abgeplant sein soll. Die in den letzten Wochen und Monaten abgehaltenen ungezählten Versammlungen aller Richtungen in der Arbeiterbewegung gegen die Regierungsvorlage zu einem Reichsvereinsgesetz sind ein untrügliches Zeichen, daß in der deutschen Arbeitererschaft diesem Gesetzesentwurf ein äußerst starkes Interesse entgegengebracht wird, und zeigen dem Reichstage mit aller Deutlichkeit, daß die Bestatung dieses Gesetzes für ihn eine Gelegenheit wie selten ist, sein verblaßtes Renommee wieder aufzufrischen.

### Eingänge.

Graphische Revue Oesterreich-Ungarns. Herausgegeben von der Wiener Graphischen Gesellschaft, Wien VII/3, Bernardgasse 18. X. Jahrgang. Heft 1. Preis pro Jahrgang 7 Mk. Einzelnummer 60 Pf.  
Monatshefte für graphisches Kunstgewerbe. VI. Jahrgang. Heft 5. Herausgeber: Albert Knab, Berlin. Redakteur: Karl Matthies, Berlin. Verlag: Karl Flemming, A.-G., Berlin W 35 und Glogau. Preis 6 Mk. vierteljährlich.

### Briefkasten.

J. B. in Bieren: Besten Dank; bereits von anderer Seite eingekandt. — J. Sch. in Bromberg: In dieser Sache müssen Sie sich vor jeder Publikation mit dem Verbandsvorstand ins Benehmen setzen. — 1870: 1. Wird aufgenommen. 2. Näheres darüber finden Sie in Nr. 98 des „Korr.“ von 1900. — „Schadenersatz“: Sie müssen sich an das dort zuständige Schiedsgericht wenden, in Tarifangelegenheiten geben wir grundsätzlich keine Auskunft. — P. F. in Glogau: Inserat kostet 3,55 Mk. — W. Sch. in Götting: Im großen ganzen mit Ihnen einverstanden. Gruß! — J. B. in Altenburg: Vielen Dank und alle Anerkennung. — A. W. in Fürstentum: Ihre Korrespondenz würde uns lediglich zu einer gerichtlichen Klage verbfahren. Schließlich brauchen wir doch auch nicht jedem Krutauer eine dreisprachige Befragung im „Korr.“ widmen. Also abgelehnt.

### Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 20, Mariendorfer Straße 13, I. Fernspruchamt VI, 11191.

### Abwesenveränderungen.

Bezirk Mühlhausen i. Glf. Vorsitzender: Schille Wannwarth, Sennheimerstraße 10 (ab 1. Mai: Fabrikstraße 35); Kassierer: Karl W. B., Fabengasse 28.  
Mühl (Waben). Vorsitzender: W. Hübig, Meinststraße; Kassierer: Joh. Kraus, Eisenbahnstraße.  
Chemnitz. Vorsitzender: C. Meyer, Simbacher Straße 28, I; Kassierer: Bruno Sahn, Rochlitzer Straße 37, II.  
Solingen. Vorsitzender: Jakob Müller, Glöbstraße 20, II; Kassierer: Hermann Passolt, Blumenstraße 102, II.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Bochum der Seger Alexander Kern, geb. in Bochum 1888, ausgel. d. 1. 1906; war schon Mitglied. — U. Tieg, Döbergstraße 14.

In Bremen der Seger Johann Hörmüller, geb. in Oberbeuren (Bezirksamt Kaufbeuren) 1871, ausgel. in Kaufbeuren 1888; war schon Mitglied. — J. Dieka, Westerbeich 32.

In Oberfeld der Gebr. Wilhelm Trummel, geb. in Barmen 1888, ausgel. in Oberfeld 1908; war noch nicht Mitglied. — Gebr. Marschall, Humboldtstr. 53, II. In König (Weipr.) der Schweigerbege Otto Hinz, geb. in Beyer (Kreis Elbing) 1881, ausgel. in Graudenz 1899; war schon Mitglied. — G. M. David in Danzig, Grabengasse 9, II.

In Wiesbaden der Drucker Wilhelm Steiner, geb. in Saalfeld (Saale) 1886, ausgel. daf. 1905; war schon Mitglied. — Gebr. Wagner, Fahnstraße 17.

In Wittenberg der Korrektor Willi Preuß, geb. in Erfurt 1867, ausgel. in Wonn 1889; war noch nicht Mitglied. — In Vorgau der Korrektor Alfred Krause, geb. in Königberg i. Pr. 1869, ausgel. daf. 1889; war noch nicht Mitgl. — Otto Wagner, Wittenberg, Eichstr. 1c.

### Arbeitslosenunterstützung.

**Braunschweig.** Die Auszahlung der Unterstützung für die reisenden Kollegen erfolgt vom 1. März d. J. ab in der Zeit von 4½ bis 5 Uhr, Donnerstags von 7 bis 7½ Uhr durch den Verwalter Heinrich Uct, Höfenstraße 2.

### Versammlungskalender.

**Glankensfe.** Versammlung Sonnabend, den 29. Februar, bei David, Dudenhuben, Bahnhofstraße.  
**Bremen.** Bezirksversammlung Freitag, den 28. Februar, abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Jaulenstr. 58/60.  
**Breslau.** Versammlung Freitag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Etablissement „Gala“, Nikolaistraße.  
**Chemnitz.** In herber kritische Generalversammlung Sonnabend, den 29. Februar, abends 8½ Uhr, im „Ehalla-haus“, Sonnenstraße.

**Dresden.** Versammlung Sonntag, den 1. März, vormittags 11 Uhr, im großen Saale des „Volkshauses“, Ritzbergstraße 2.

**Graden.** Versammlung Freitag, den 6. März, abends 8½ Uhr, im „Café Germania“.

**Grünberg (Schl.).** Versammlung Sonnabend, den 29. Februar, abends 8½ Uhr, in Wilmers Konditorei.

**Güstrow.** Versammlung Sonnabend, den 29. Februar, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal „Zum Storch“.

**Heilbronn a. N.** Versammlung Samstag, den 29. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal zur „Mose“.

**Jena.** Bezirksversammlung Sonntag, den 1. März, vormittags 10 Uhr, im Saalgeb. (Apostel Etablissement).

— Bezirksmaschinenmeisterversammlung Sonntag, den 1. März, vormittags 8½ Uhr, im Saalgeb., Navis Gasse.

**Leipzig.** Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 1. März, vormittags 10 Uhr, im „Volkshauses“, Zeltstraße 32.

## Notationsmaschinenmeister

für achtseitige Bogtländische Zwillingrotation bei hohem Lohn eventuell per sofort gesucht. Es wollen sich nur Herren gezeigten Alters melden, die gründlich mit der Maschine vertraut sind und die Stereotypie mit übernehmen können. Die Stellung ist dauernd und bietet sichere Position. Werte Offerten mit Zeugnisabschriften und Angabe des Alters unter Nr. 450 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

## Tüchtiger Schriftgießereifaktor

an selbständiges Arbeiten gewöhnt, bei hohem Gehalte gesucht. Angabe der seitherigen Tätigkeit und des Gehaltsanspruches unter Beifügung von Zeugnisabschriften erbeten.

446] Gebr. Klingspor, Offenbach a. M.

## Tüchtiger Schriftgießereifaktor

mit allen Arbeiten und Maschinen jeden Systems vertraut, sucht, gestützt auf Primazugnisse, per 1. April Stellung. Werte Off. unter E. W. 451 an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

## Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Sonntag, den 1. März, vormitt. 11½ Uhr, im großen Saale des „Gewerkschaftshaus“, Weidenbüschhof.

### Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Jahresbericht und Entlastung des Vorstandes; 3. Aufstellung von Kandidaten zur Neuwahl der Mitglieder der Verwaltung; 4. Anträge zur Generalversammlung des Verbandes; 5. Antrag der Typographischen Gesellschaft: Bewilligung von 300 Mk. zum Ausbau ihrer Bibliothek sowie Anschaffung belehrender Fachliteratur usw. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand. [30]

## Typographia Berlin.

Sonnabend, den 29. Februar, in den „Sophiensälen“, Sophienstrasse 17/18:

### KOSTÜMFEST: Ein Ausflug nach Pichelswerder.

Kostüm nach Belieben; Frack und Balloilette nicht beliebt. Die während der Bockssaison hier anwesenden echten und imitierten Tyroler und Bayern haben ihre Teilnahme an dem Ausflug in ihrer Nationaltracht zugesagt. Treffpunkt: Abends 9 Uhr, Station Grunewald, Sophienstraße 17/18. Teilnehmertickets zu 50 Pf. für Gäste sind bei unserm Kassierer sowie bei den aktiven Mitgliedern zu haben. — Für Aufbewahrung der bei einem Sommerausfluge lästigen Garderobe sind 20 Pf. zu entrichten. Zahlreicher Beteiligung sieht entgegen Der Vorstand. [463]

## Fernkursus zur Erlernung der Buchführung in Buchdruckereien

Ständig wachsende Teilnehmerzahl! \* Glänzende Besprechungen! Ausführliche Prospekte mit Bedingungen zu Diensten. Teilnehmer wollen sich sofort melden bei: [44] Julius Mäser, Graphischer Verlag, Leipzig-Reudnitz.

## Linotypesetzer

mit achtjähriger Praxis sucht anderweit Kondition. Werte Offerten erbeten an [468] J. Schlegel, Dresden 23, Habsburger Str. 2.

## Stuttgarter graph. Versandhaus

Lager in Maschinen, Schriften u. Utensilien für Druckereien. Werkzeuge f. Gehilfen, Tonplatten, Gutschriefe, Bierkrüge, 5fr. Schmuck, Blusen, Schutzanzüge. Illust. Preisliste gratis u. franko.

## H. MATHAEUS, STUTGART Brosche

am 20. Februar verschied in seiner Heimat Striegau unser lieber Kollege

## Lübeck. 9½ Uhr: Monatsversammlung

im Vereinslokal „Riesewetters Klubhaus“, Mühlentstraße 2. D.: 1. Mitteilungen; 2. Bericht vom Vorstand; 3. Anträge zum Gantage; 4. Aufstellung von Delegierten für die Monatsversammlung des Verbandes; 5. Anträge zur Generalversammlung des Verbandes; 6. Allgemeine Vereinsangelegenheiten. — Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht. [48]

## Wilh. Großpietsch

im 25. Lebensjahre an der Berufskrankheit. Sein echt kollegialer Sinn sichert ihm bei uns ein lebendiges Andenken! Leicht sei ihm die Erde! [458] Ortsverein Forst, Lausitz (V. d. D. B.).

## Gustav Noak

im 70. Lebensjahre. [466] Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Gehilfen von B. G. Toubner, Leipzig.

## Richard Härtel, Leipzig-R

(Inhaberin: Klara verw. Härtel) Kohlgrabenstrasse 43 liefert franco Werke und Musikalien aller Art zu Ladenpreisen. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Aus eigener Kraft. Geschäfte eines Gewerkschaftsvereins (Wiener Buchdruckervereins), 4,50 Mk. Der französische Werktag, 30 Pf. Christus und Gutenberg, Prolog von Freytag, 10 Pf. Krapp, Gutenberg. Bestpiel. 50 Pf.

### Nur Familienverhältnisse

halber verkaufe sofort meine rentable Buchdruckerei mit Lokalsatz (amtlich) und Ladengeschäft in aufblühender Gegend. Preis 9000 Mk. (Materialwert etwa 11000 Mk.), hat 3000 Mk. Haus mit Garten (18000 Mk.) kann event. später erworben werden. Werte Offerten unter „Südwestdeutschland 449“ an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

### Altdendruckerei in Leipzig

mit sämtl. Material und neuem Material. Ist zu verkaufen. Näheres durch Erik Berger, Leipzig-R., Cabelsberger Straße 10. [460]

### Teilhaber!

Für nachweislich rentable K. Buchdruckerei Berlins wird tüchtiger Fachmann (besonders Maschinenmeister) mit 5000 Mk. Einlage gesucht. Werte Offerten unter „E. W. 448“ an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

## Typographiker

flott und zuverlässig arbeitend und mit der Maschine gut vertraut, wird sofort gesucht. Naucke Buchdruckerei [439] Berlin S 14, Stallfchreiberstraße 5.

## Schweizerdegen

der feinsten Illustrations- und Altdendruck an der

## Ziegeldruckpresse

vollständig selbständig ausführt, bei guter Bezahlung in dauernde Stellung, Berlin, gesucht, eventuell sofort. Werte Offerten mit Lohnansprüchen unter J. N. 7903 besorgt Rudolf Hoffe, Berlin SW. [427]

## Schriftgießer

an der Feuchermaschine tüchtig und zuverlässig, per 16. März in dauernde Stellung gesucht. [402] Bauersche Gießerei, Frankfurt a. M.

## Matrizenpulver

„Hansall“ Elgenes Fabrikat. 100 kg 40 Mk., ein modernes, schnell trocknendes Pulver für Warm- und Kalstereotypie. Lager in Stereotypenpapieren. Metallreingehaltiges Pulver à kg 1,50 Mk., Binzenpulver 60 Pf., Klopfbirnen 10, 28, 15,50 Mk. Matrizenpulver für Naß- und Trockenstereotypie. [283] H. Andresen & Sohn, Hamburg.

### Jüngerer Mechaniker, der schon als

**Richter** gearbeitet hat zum sofortigen Eintritt gesucht. Im „Wigand“ über die Besondere Tätigkeit unter Beifügung von Zeugnisabschriften wird gebeten. Bauersche Gießerei, Frankfurt a. M.

## Schriftgießer

finden bei dauernder und lohnender Beschäftigung sofort angenehme Stellung. Nur ganz tüchtige Kräfte, die an Kältemaschinen Kompositionsmaschinen bewandert sind, wollen sich melden bei der [430] Schriftgießerei Gebr. Hoffmeister, Inh. Karl Ruppertsch, Leipzig, Lange Str. 22.

## Fertigmacher und Höheboller

ge sucht. Stellung dauernd. Werte Offerten unter A. P. 469 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

## Tüchtiger Höhefräser

findet dauernde Stellung in der [429] Schriftgießerei Hlinsch, Frankfurt a. M.

## Tüchtige Galvanoplastiker

in dauernde, angenehme Stellung gesucht. Hannoverische Nischfabrik Greite & Moll, Hannover. [431]

## Galvanoplastiker

auf sofort gesucht. [425] Lauterjung & Haukel, Solingen.

## Galvanoplastiker

Per sofort tüchtiger (Präger) gesucht. [437] F. Ch. Zanter, Nürnberg.

## Tüchtige Zeuggraveure

finden bei hohem Lohn jetzt oder später dauernde Stellung. [433] G. Georgi, Dissenbach a. M., Bettinastr. 8.

## Tempeldneider

in dauernde Stellung für Frankfurt a. M. gesucht. Werte Off. unter Nr. 372 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.